



im Stadtbezirksrat
Linden-Limmer

Bezirksratsherr
Thomas Ganskow

Am Ihmeufer 5
30449 Hannover

☎ 0179 - 556 51 31

thomas.ganskow@piratenhannover.de

Herrn Bezirksbürgermeister
Rainer Jörg Grube
im Stadtbezirksrat Linden-Limmer
über den FB Personal und Organisation
- Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten -
OE 18.63.10 (BRB)
Trammplatz 2
30159 Hannover

Anfrage

2020-01-21

gemäß §§ 14, 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Altersarmut im Stadtbezirk Linden-Limmer

Das Rentenniveau in Deutschland ist durch die sogenannten Rentenreformen der letzten dreißig Jahre insgesamt gesunken. Insbesondere der von der CDU/SPD-Bundesregierung mit dem sogenannten RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz¹ initiierte Beschluss des Deutschen Bundestages am 9. März 2007 zur Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Lebensjahre hat zu einer deutlichen Niveau-Senkung beigetragen. Bei Inanspruchnahme von Altersrente vor Vollendung des 67. Lebensjahres müssen Regel-Rentnerinnen und -rentner nunmehr für jeden vorzeitigen Monat Abschläge in Höhe von jeweils 0,3 % in Kauf nehmen.

Zeitgleich steigen die Wohnkosten im Stadtbezirk Linden-Limmer und damit die Unterkunftsbedarfe seit Jahren sehr stark - wie insgesamt in Hannover und in ganz Deutschland. Die Folge ist, dass der für den Lebensunterhalt verbleibende Teil der Altersrente immer weiter absinkt. Die Anzahl der potenziell Leistungsberechtigten auf Sozialleistungen dürfte damit immer weiter ansteigen.

Vor diesem Hintergrund frage ich mit Bezug auf den Stadtbezirk Linden-Limmer:

1. Wie viele Personen nehmen im Stadtbezirk (aufgeschlüsselt nach Stadtteilen) ihren Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder auf Wohngeld wahr und wie hat sich die Inanspruchnahme derartiger Leistungen in den letzten 30 Jahren, also z.B. auch nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) als Vorgänger des SGB XII, entwickelt, jeweils absolut und prozentual bezogen auf die als Rentner bzw. Pensionäre geführten Personen?
2. Wie hoch sind nach Schätzung der Verwaltung die Anzahl und die Quote der grundsätzlich Anspruchsberechtigten nach dem SGB XII oder nach dem Wohngeldgesetz (WGG), die bisher keine Leistungen beantragt haben, und bestehen Konzepte der Landeshauptstadt, diese zur Antragstellung zu animieren?
3. Bietet die Landeshauptstadt Hannover im Stadtbezirk oder für Bewohnerinnen des Stadtbezirks auch außerhalb der eigenen Räumlichkeiten Beratung und Informationen für potenziell Anspruchsberechtigte an (z.B. in Seniorinnenkreisen, im betreuten Wohnen, in Alten- und Pflegeheimen o.ä.m.)?

Thomas Ganskow
Bezirksratsherr

¹

https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl107s0554.pdf%27%5D#__bgbl__%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl107s0554.pdf%27%5D_1579613719839

J.R. M. H. V.
(Gf. der GRUPPE LINKER PIRATEN) 22.01.20